

Rede zum 100. Geburtstag von Philomena Franz

von Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

gehalten am 21. Juli 2022

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

sehr geehrter Dr. Buth,

liebe Philomena Franz, liebe Bibi,

es ist mir eine besondere Ehre Euch heute zu Eurem 100. Geburtstag zu gratulieren und ich danke Euch und Herrn Dr. Buth sowie den Organisatorinnen und Organisatoren dieser Tagung herzlich für die Einladung, aus diesem Anlass einige Worte an Sie zu richten.

100 Jahre. Ein ganzes Jahrhundert.

Eine Zeitspanne, in der politisch und gesellschaftlich unglaublich viel passiert ist von dem Ihr, Bibi, als Zeitzeugin bis heute unermüdlich berichtet: Der Nationalsozialismus hat sich erhoben und Europa in den Abgrund gerissen. Er hat der Welt einen fürchterlichen Krieg aufgezwungen und den Zivilisationsbruch des Holocaust zu verantworten, dem 6 Millionen Juden und 500 000 Sinti und Roma zum Opfer gefallen sind. Er wurde schließlich durch die Alliierten niedergeworfen, die Deutschland unter großen Opfern befreit und uns die Demokratie und den Rechtsstaat gebracht haben.

Im Laufe der Zeit hat sich unser Land nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einem demokratischen Staat entwickelt, auf den wir alle gemeinsam stolz sein können.

Die Anerkennung der Shoa, also die Ermordung von 6 Millionen Juden, erfolgte bereits mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer. Das war die Voraussetzung, dass Deutschland wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen wurde.

Eine ebensolche Anerkennung der Völkermordverbrechen an den Sinti und Roma wäre politisch korrekt und historisch richtig gewesen. Doch erst durch die Arbeit der Bürgerrechtsbewegung setzte ein langsames Umdenken ein, das schließlich dazu führte, dass 1982 der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Delegation des Zentralrats empfing und den Völkermord an den Sinti und Roma erstmals offiziell im Namen der Bundesrepublik völkerrechtswirksam anerkannte.

Auf politischer Ebene wurde mittlerweile sehr viel erreicht und unser Land hat sich auch diesem Teil seiner Geschichte gestellt und seine historische Verantwortung angenommen; seit 1997 sind Sinti und Roma neben den Friesen, Dänen und Sorben eine autochthone Minderheit in Deutschland; 2012 wurde in unmittelbarer Nähe des Bundestages in Berlin das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas im Beisein von Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Gauck eingeweiht und die aktuelle Bundesregierung hat in diesem Jahr mit der Berufung eines Antiziganismusbeauftragten eine langjährige Forderung des Zentralrats erfüllt.

An zahlreichen Orten in Deutschland gibt es Denkmäler, die an die ehemaligen Mitbürgerinnen und Mitbürger erinnern, die im Nationalsozialismus entrechtet, verschleppt und ermordet wurden.

Trotz dieser Erfolge, auf die wir, wie ich finde, mit Recht stolz sein dürfen, liegt aus gesellschaftlicher Sicht noch ein langer Weg vor uns. Der über Jahrhunderte tradierte Antiziganismus, der von den Nationalsozialisten zu einer Rassenideologie geformt wurde, ist noch immer in unserer Gesellschaft virulent. Das beweisen zahlreiche Studien, wie beispielsweise die aktuelle Mitte-Studie der Universität Leipzig, die deutlich macht, wie tief die Ablehnung der Sinti und Roma nur aufgrund ihrer Abstammung verwurzelt ist.

Liebe Bibi, dem Entgegenzuwirken ist Euch aufgrund Eurer Erfahrungen schon immer ein Herzensanliegen und durch Euer unermüdliches Wirken als Zeitzeugin und Bürgerrechtlerin habt Ihr die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte mit beeinflusst.

Ihr wart eine der ersten, die ihre Erlebnisse aufgeschrieben habt. Und obwohl – oder vielleicht auch gerade, weil – Ihr körperlich und seelisch gezeichnet wart, habt Ihr Euch nie mit der fehlenden Anerkennung des Unrechts des Völkermords an den Sinti und Roma abgefunden und Euch immer für eine gleichberechtigte Teilhabe unserer Menschen in unserem Land stark gemacht. Dafür möchte ich Euch an dieser Stelle meinen tief empfundenen Respekt aussprechen und meinen Dank.

Heute befinden wir uns offenbar erneut in einer Zeitenwende: mitten in Europa gibt es wieder einen Krieg, bei dem die Gefahr der Ausweitung allgegenwärtig ist – ein Zustand, der noch vor wenigen Jahren den meisten Menschen in unserem Land unvorstellbar erschien.

Die Schrecken des Weltkrieges und des Holocaust haben die Menschheit veranlasst, eine Architektur des Friedens und der Sicherheit zu aufzubauen, die auf Paragraph 1 der Charta der Menschenrechte fußt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Angesichts dessen und angesichts der drängenden Probleme, vor denen die kommenden Generationen stehen, wie Hunger in der Welt, Menschen, die auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken oder der menschengemachten Klimakatastrophe, bin ich mir unsicher, ob wir dem Vermächtnis gerecht geworden, das uns die Überlebenden des Holocaust hinterlassen haben.

Wenn ich meinen Blick auf die Geschehnisse in der Ukraine lenke, wie es so viele derzeit tun, so denke ich, dass sich eben dort unser Versagen offenbart. Ich habe dabei aber nicht nur die angespannte geopolitische Lage, sondern auch immer die Lebensumstände der schätzungsweise 400 000 ukrainischen Roma vor Augen. Auch ihre Männer verteidigen ihr Land, die Ukraine, vor der russischen Aggression an der Front und auch ihre Frauen, Kinder und Alten fliehen vor dem Krieg, genauso, wie alle Ukrainerinnen und Ukrainer.

Dennoch werden Roma in der Ukraine weiterhin schikaniert und diskriminiert. So gab es jüngst Vorfälle, bei denen Roma beschuldigt wurden, sich widerrechtlich Lebensmittel angeeignet zu haben, und die dann mit dieser Begründung an den Pranger gestellt wurden, mit dem Hinweis auf ihre Abstammung als Angehörige der Minderheit.

Doch diese Menschen sind Staatsbürger der Ukraine.

Wir sehen auch, dass Roma bei der Lebensmittelausgabe benachteiligt werden. Wieder wird die Minderheit so zu Sündenböcken macht, denn wenn man einzelne Angehörigen einer Minderheit so kennzeichnet, fällt das auf die ganze Gruppe zurück.

Doch auch als Kriegsflüchtlinge schlägt in den Aufnahmeländern Ablehnung entgegen, auch in Deutschland. In Mannheim, Kassel und Berlin wurden Roma von der Bahn teilweise nicht in die Schutzräume gelassen, ihnen wurde abgesprochen, Kriegsflüchtlinge zu sein. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Dr. Richard Lutz, hat sehr schnell gehandelt und mir in einem Gespräch versichert, dass Antiziganismus keinen Platz in dem Konzern habe, das möchte ich an dieser Stelle auch nicht unerwähnt lassen.

Dass der Antiziganismus in der Ukraine auch schon vor dem Krieg ein ernstes Problem war, sieht man an den zahlreichen Gewalttaten, denen Roma in dem Land ausgesetzt waren. Es gab Pogrome, bei denen auch Menschen zu Tode gekommen sind, beispielsweise 2018 in Lwiw.

Die Situation in der Minderheit in der Ukraine ist leider nicht außergewöhnlich. Überall in den Ländern Südost- und Mitteleuropas sind die Menschen oftmals gezwungen in menschenunwürdigen Umständen zu leben und antiziganistischem Hass und Gewalt bedroht.

Diese Ungerechtigkeit in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken und von Politik und Gesellschaft zu fordern, diesen untragbaren Zuständen endlich gemeinsam entgegenzutreten, ist das, was auch Euch, liebe Bibi, zeitlebens bewegt hat.

In Eurem Buch „Zwischen Liebe und Hass“ habt Ihr über Eure Erfahrungen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern geschrieben: „Ich bin ein Vogel, kann nicht fliegen. Man hat mir die Flügel gestutzt.“

Liebe Bibi, heute, wenn ich Euch im Alter von 100 Jahren hier vor mir sehe, freut es mich, dass Euch durch Eure unermüdliche Arbeit für Versöhnung wieder Flügel gewachsen sind und Ihr weiterhin Eure Stimme erhebt für ein friedliches, gemeinsames Zusammenleben.

Ich wünsche Euch für alles, was noch vor Euch liegt, weiterhin viel Kraft, Gesundheit und Gottes Segen.

Ich danke Ihnen allen, für Ihr Kommen und für die Ehrerweisung einer Frau, die aufgrund Ihrer Biografie Großartiges geleistet hat. Besonders bedanken möchte ich mich noch einmal bei allen Beteiligten, die diesen würdevollen Rahmen geschaffen haben, in dem wir heute zusammengekommen sind, allen voran Herrn Dr. Buth.